

Der Briefetal-Bote erscheint  
Dienstag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der  
Bezugspreis beträgt monat-  
lich 1,20 RM. zuzüglich Bestell-  
gebühr. Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-  
schäftsstelle Birkenwerder,  
Bahnhof-Platz 5 und von  
allen Anzeigen-Expeditionen  
angenommen. Die neungestaltete  
Beitseite kostet 25 Pfennig,  
die Rückseite 1 RM.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe  
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ  
Frohnau, Summt  
und Umgegend  
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

154 Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005 Dienstag, den 30. September 1930 Postfachkonto Berlin 62 448 29. Jahrg

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Stolpe ist die  
Pest und Klauenpeste ausgebrochen.  
Die Gefährdung ist verhängt.  
Birkenwerder, den 29. September 1930.  
Der Amtsvorsteher. Blank.

### Was die Regierung vordringen wird

Der wahrscheinliche Inhalt des Kabinettsprogramms.  
Berlin, 29. September.

Noch immer ist das Programm der Reichsregierung  
Öffentlichkeit vorbehalten worden, mit der Bekanntgabe  
am Dienstag gerechnet. Folgende Punkte dürften je-  
doch seinen Hauptinhalt bilden:

1. Der Reichshaushalt für 1931 wird auf der Ausgaben-  
seite niedrigere Zahlen aufweisen als der für 1930. Es sind  
mit Abstrichen in Höhe von 160 Millionen Mark gemacht  
worden. Auch sollen einige Ausgaben fort, für die 1930 noch  
geplant wurden, gestrichelt werden.

2. Das Kabinettsrat hat sich eingehend mit der Arbeitslosen-  
versicherung beschäftigt. Vom Beginn des neuen Haushaltsjahres  
(1. April 1931) sollen die bisherigen Zuschüsse des Reiches  
an die Arbeitslosenversicherung vollständig in Wegfall kom-  
men. Die Arbeitslosenversicherung soll in Zukunft somit aus-  
schließlich aus den Versicherungsbeiträgen bezahlt werden.  
Deshalb sollen die Arbeitslosenversicherungsbeiträge  
auf 4,5 auf 6,5 Prozent erhöht werden.

3. Ferner stand die Kürzung der Beamtengehälter zur  
Sprache. Es scheint, daß man sich dahin entschieden hat,  
daß bis zum 31. März 1931 befristete Notopfer in  
Höhe von 2,5 Prozent der Gehälter weiter beibehalten und  
auf 5 Prozent zu erhöhen, da eine Kürzung der Beamten-  
gehälter im Reichstage wahrscheinlich nicht die verfassungs-  
mäßig Zweidrittelmehrheit erhalten würde. Jedoch hat  
man auch eine generelle Kürzung der Beamtengehälter von  
10 Prozent ab um 5 Prozent und mehr in Aussicht genom-  
men, falls es gelingen sollte, hierfür die erforderliche Mehr-  
heit zu finden. Eine direkte Kürzung der Beamtengehälter  
würde für Länder und Gemeinden von größter Bedeutung  
sein, da diese damit in die Lage versetzt würden, ihre Aus-  
gaben wesentlich herabzusetzen.

4. Zur Abdeckung des Fehlbetrages dürfte das Reich  
den Überbrückungskredit (Exz. Kasse) in Höhe von wahr-  
scheinlich 900 Millionen Mark aufnehmen. Dies ist erforder-  
lich geworden durch Steuererlässe von 600 Millionen und  
den Haushaltsüberschuss von 300 Millionen Mark für die Ar-  
beitslosenversicherung. Der Kredit würde 1931 und 1932  
zurückgezahlt sein.

5. Ist eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der  
Steuererhebung geplant, etwa in dem Sinne, daß bis  
zu einer bestimmten Einkommensgrenze eine einheitliche  
Steuer erhoben wird, unter Wegfall aller anderen Steuern.  
Dies würde die Steuererhebung bedeutend erleichtern und  
die Vereinfachung der Reichsfinanzverwaltung ermöglichen.

6. Sollen die Realsteuern gekürzt werden; in welcher  
Höhe, ist jedoch bisher nicht bekannt geworden. Statt dessen  
würde die Hauszinssteuer zum Einnahmeausfall des Reiches  
von den Ländern mit herangezogen werden.

7. Ist eine Reform der Wohnungswirtschaft ge-  
plant. Die Wohnungswirtschaft soll allmählich ab-  
gebaut werden. Die Hauszinssteuer würde also in den näch-  
sten Jahren verschwinden und die Festsetzung der Mieten der  
Länder Vereinbarung zwischen Hausbesitzern und Mietern  
überlassen werden.

### Der oberchlesische Schulstand

Deutsche Minderheitenbeschwerde vor dem Völkerbundrat.  
Genf, 27. September.

Der Völkerbundsrat hat sich am Sonnabend mit einer  
Beschwerde des Deutschen Volksbundes über die  
Nichtzulassung von 60 Schulkindern in den oberchlesischen  
Minderheitenschulen befaßt.

Obwohl der Präsident der Gemischten Kommission,  
Calonder, zweimal und zuletzt dahin entschieden hat,  
daß die Kinder in den Schulen zugelassen seien, haben  
die polnischen Behörden die Aufnahme der Kinder in  
die deutschen Minderheitenschulen verweigert, so daß  
die Minderheit gezwungen war, sich an den Völkerbund  
zu wenden.

In der Vorentscheidung Calonders wurde ausdrücklich  
festgestellt, daß weder die Bestimmungen der Genfer Kon-  
vention noch eine Verfügung des Haager Gerichtshofes vom  
26. April 1928 die polnischen Behörden ermächtigen, über  
die Nichtzulassung dieser 60 Kinder in die Minderheitenschulen  
zu verfügen.

Als Berichterstatter legte der Vertreter Japans aus-  
führlich den Sachverhalt dar, wobei er insbesondere auch  
die vorerwähnte Entscheidung Calonders heranzog und ihre  
Nichtberücksichtigung durch die polnischen Behörden fest-  
stellte. Der Berichterstatter gab der Meinung Ausdruck,  
daß diese Frage nur auf der Grundlage eines  
Gutachtens des Haager Gerichtshofes erledigt werden  
könne. Er schlug dem Rat vor, die Frage auf eine  
Sitzung im Januar zu vertragen. Inzwischen werde er sich  
mit der polnischen und der deutschen Regierung in Ver-  
bindung setzen, um die betreffenden Fragen zu formulieren,  
die den Haager Gerichtshof zur Prüfung vorgelegt  
werden würden. Der Rat beschloß in diesem Sinne.

### Die Memelbeschwerde

Offizielle Behandlung vor dem Völkerbund

Genf, 28. September.

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, den Antrag der  
Deutschen Regierung auf Behandlung der Memelbeschwerde  
auf die Tagesordnung einer seiner nächsten Sitzungen zu  
setzen. Zum Berichterstatter wurde auf Vorschlag des  
Präsidenten der Delegierte Norwegens bestimmt.

Der litauische Außenminister Jaunius, der am Rats-  
tisch Platz genommen hatte, gab zu Beginn der Verhandlungen  
eine längere Erklärung ab, in der er sich mit dem  
Recht, das Litauen seine Beschwerde vorbringen, beschästigte  
und dabei wiederum die vollkommen haltlose Auffassung  
vertrat, daß die Beschwerde nicht zulässig sei.

### Außenminister Dr. Curtius

gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Juristen-  
komitee in seinem Gutachten ausdrücklich festgestellt habe,  
daß die deutsche Regierung sich an die Bestimmungen 17.  
Absatz 1 der Memelkonvention gehalten habe. In den Er-  
klärungen des litauischen Außenministers sei nur die von  
praktischer Bedeutung, daß die litauische Regierung sich  
einer Behandlung der Frage durch den Rat zurzeit nicht  
formell widersetze.

Dr. Curtius wies jedoch in gemäßigter, aber sehr be-  
stimmter Form die Ausführungen des litauischen Be-  
richters über das Petitionsrecht zurück.

Dr. Curtius erklärte, er wisse den Angriff des litauischen  
Vertreters auf das Recht der Ratsmitglieder nachdrücklich  
zurück. Der Rat beschloß auf Vorschlag des Präsidenten,  
die Memelbeschwerde offiziell auf die Tagesordnung des  
Rats zu setzen. Es ist allgemein aufzufallen, daß der  
litauische Außenminister nicht nur den Gouverneur des  
Memellandes Wertys, sondern sogar die litauischen Ge-  
sandten in Paris und Rom nach hier berufen habe. Man  
hört vielfach die Meinung, Jaunius wolle seinem Lande  
eine gewisse Rückendeckung verschaffen.

### Der Michelisbericht

Genf, 28. September.

Der Wirtschaftsausschuß der Völkerbundversammlung  
hat die Beratungen über den Bericht des italienischen De-  
legierten Michelis fortgesetzt.

In dem Bericht wird gefordert, der gegenwärtigen An-  
ordnung der Weltwirtschaft durch systematische internatio-  
nale Maßnahmen zu begegnen. Man habe von einer euro-  
päischen Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes,  
den Schäden eines übertriebenen Protektionismus, der  
internationalen Regelung der Meistbegünstigungsklausel  
dem wirtschaftlichen Zusammenschluß von Staatsgruppen  
mit gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen gesprochen.

Vielfach sei die Meinung zum Ausdruck gekommen, eine  
neue Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen. Die Kommission  
sei aber zu der Auffassung gekommen, daß eine neue Welt-  
wirtschaftskonferenz erst einzuberufen werden sollte, wenn die  
Beschlüsse der ersten Konferenz durchgeführt sind. Zu diesem  
Zwecke werde die Völkerbundversammlung eine ent-  
sprechende Entschließung unterbreiten. Mit besonderem  
Interesse sehe man der Unteruchung des internationalen  
Arbeitsamtes über die Arbeitslosigkeit und die Lohnbewe-  
gung entgegen.

In Verbindung mit dem internationalen Landwirt-  
schaftsinstitut in Rom würde man nach Mitteln und  
Wegen suchen, um eine Verbesserung zu erzielen.

Demnächst werden die vorbereitenden Arbeiten für die zweite  
Weltgetreidekonferenz aufgenommen. Die Beschlüsse der  
Warschauer Konferenz seien teilweise in den Debatten ge-  
billigt worden. Man sei mit einer Erörterung der War-  
schauer Beschlüsse auf einer späteren Völkerbundskonferenz  
einverstanden.

Große Befürchtungen seien wegen des Dumpings ge-  
äußert worden.

Man erwarte, daß eine möglichst große Anzahl von  
Staaten die Handelskonvention vom März des Jahres ratifi-  
zieren. Da über verschiedene Punkte des Berichtes in der  
heutigen Sitzung eine Einigung nicht erzielt werden konnte,  
wurde ein Unterausschuß mit der Prüfung verschiedener  
Punkte beauftragt.

### Kampf um das Völkerbundsekretariat

Die englisch-französische Vorkonferenz soll gebrochen  
werden.

Genf, 29. September.

Noch immer ist trotz langer, teilweise sehr erregter Debat-  
ten die Frage der Neuorganisation des Völkerbund-  
sekretariats und somit die notwendige Reform dieses Ge-  
mischtes unentschieden.

Der Vorschlag der englischen und französischen Regie-  
rung sieht die Schaffung von zehn Untergeneralsekretären  
an Stelle der bisherigen drei Untergeneralsekretäre vor.

offenbar in der Absicht, hierdurch die Stellung des eng-  
lischen Generalsekretärs und des französischen stellver-  
tretenden Generalsekretärs als der beiden politisch allein  
entscheidenden Personen des Sekretariats noch weiter zu  
erhöhen.

Demgegenüber sucht der deutsch-italienische Vorschlag einen  
beratenden Ausschuss, bestehend aus sämtlichen Untergeneralsekretären,  
zu schaffen, den der Generalsekretär des Völker-  
bundes in allen wichtigen politischen Entscheidungen anzu-  
hören hat. Der deutsch-italienische Vorschlag wurde jedoch  
nur von einer Minderheit unterstützt und mit 30 gegen 4  
Stimmen abgelehnt. In der Aussprache wurde von der  
ungarischen Regierung betont, daß Deutschland bei seinem  
Eintritt in den Völkerbund den Posten eines Untergeneralsekretärs  
erhalten habe, jetzt jedoch bereit sei, im allgemeinen  
Interesse auf diesen Posten zu verzichten. Dies sei ein  
außerordentlich bedeutungsvolles Opfer Deutschlands, das  
hoch anerkannt werden müsse. Der englische Unterstaats-  
sekretär Dalton erklärte, die großen Gegenläufe innerhalb  
des Ausschusses machten eine neue Prüfung der Frage der  
politischen Leitung des Sekretariats notwendig. Er bean-  
tragte die Einsetzung eines neuen Ausschusses und Entschei-  
dung auf der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes.

Die gesamte Aussprache hat jedenfalls zum Ergebnis, daß  
jezt zum ersten Male seit dem zehnjährigen Bestehen des  
Völkerbundes die bedeutungsvolle Frage einer Reform der  
politischen Leitung des Sekretariats allgemein anerkannt  
und in Angriff genommen worden ist. Praktische Ergebnisse  
werden auf der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes  
jedenfalls nicht erzielt werden können, da zwischen der eng-  
lischen und der französischen Auffassung auf der einen und  
dem deutschen und italienischen Standpunkt auf der anderen  
Seite ein Ausgleich nicht erzielt werden kann. Auch die Stel-  
lungnahme der übrigen Regierungen ist geteilt.

### Dank an Calonder

Genf, 27. September.

Wie bereits gemeldet, hat der Vorsitzende der Gemisch-  
ten Kommission in Oberchlesien, Calonder, seine De-  
mission zurückgenommen. In der letzten Sitzung des Rates  
machte das spanische Ratsmitglied Alzinas de Leon Mit-  
teilung von dem diesbezüglichen Schreiben Calonders an  
den Generalsekretär des Völkerbundes. Der Völkerbund-  
rat hat auf den Vorschlag des Berichterstatters Calonder  
seine besondere Wertschätzung und seinen Dank dafür aus-  
gesprochen, daß er sich dem erneuten Ruf des Völkerbunds-  
rates nicht verweigert hat.



Kretschke überreicht seine Abberufung.

Der Vorsitzende der Sowjetunion in Berlin Kretschke, der auf den  
Wunsch des Stellvertreters des Volkskommissars für auswärtige  
Verhältnisse in Moskau berufen ist, wurde vom Reichspräsidenten  
zur Entlassung aus dem Amt abberufen.